



Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zur Einleitung von Abwasser in das Grundwasser / in ein oberirdisches Gewässer nach Vorbehandlung in einer zugelassenen Kleinkläranlage

1. Allgemeine Angaben

1.1 Antragsteller/in

Name, Vorname:

Adresse:

Telefon: Fax:

E-Mail:

1.2 Planungsbüro

Name der juristischen Person:

Adresse:

1.3 Informationen zu dem Grundstück (auf dem das Abwasser anfällt)

Ort: Ortsteil:

Straße: Hausnummer:

Flur: Flurstück:

1.4 Informationen zu dem Grundstück (auf dem das Abwasser eingeleitet wird)

Ort: Ortsteil:

Straße: Hausnummer:

Flur: Flurstück:

1.5 Art und Bezeichnung des Vorhabens

--

Umfang des Abwasseranfalls (=Anzahl der Personen)

Antrag auf Freistellung des Zweckverbandes von seiner Pflicht aus Abwasserbeseitigung:

--

2. Einleitung der anfallenden Abwässer in ein oberirdisches Gewässer

2.1 Vorgesehenes Abwasserbehandlungsverfahren

- Mechanische Abwasserbehandlung in einer Mehrkammer-Ausfallgrube nach der DIN 4261/Teil 1 (Nr. 6.1.2) Mindestvolumen = 6 m³ (Ausnahmefall)
- Vollbiologische Abwasserreinigung in einer Kleinkläranlage (KKA)

Angaben zu Typ, Hersteller und Zulassung der jeweils vorgesehenen KKA:

--

- Pflanzen-Kläranlage: Angaben zur Ausführung (und Hersteller) der jeweils vorgesehenen Pflanzen-Kläranlage:

--

Fläche

 m² (gemäß ATV-Arbeitsblatt Nr. 262)

2.2 Einleitungsbedingungen nach Kleinkläranlage (KKA)

In das fließende Gewässer

In das stehende Gewässer

Wasserfläche =

 m²

Entfernung zwischen dem Standort der Kleinkläranlage (KKA) und dem Einleitungsgewässer:

 m

3. Einleitung der anfallenden Abwässer in das Grundwasser / in den Untergrund: Vorgesehenes Abwasserbehandlungsverfahren

Vollbiologische Abwasserreinigung in Kleinkläranlage (KKA)

Angaben zu Typ, Hersteller und Zulassung der jeweils vorgesehenen KKA:

mit anschließender Untergrundverrieselung

Gesamtlänge der Verrieselungsstränge: m

Hinweise

1. Die Bearbeitung eines Antrages auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zur Einleitung von Abwässern in das Grundwasser/in den Untergrund kann nur dann erfolgen, wenn anhand eines Versickerungsgutachtens das ausreichende Aufnahmevermögen des anstehenden Untergrundes für die Bodenpassage dieser Abwässer nachgewiesen ist.
2. Der jeweils positive Versickerungsnachweis muss deshalb auch als Bestandteil der Antragsunterlagen mit vorgelegt werden.

4. Alternativlösung(en) in Form von gleichwertigen Verfahren, mit denen die derzeit geltenden wasserrechtlichen Anforderungen an eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung nach dem Stand der Technik gemäß § 57 WHG erfüllt werden

Die Beschreibung des gewählten Verfahrens in Gesamtheit mit Vorlage von Ausführungs- oder Systemzeichnungen ist den Antragsunterlagen in einer Anlage beizufügen.

Wir versichern, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben

Datum: Unterschrift Antragsteller/in: _____

Datum: Unterschrift Planverfasser/in: _____

Beizufügende Unterlagen

- Wasserwirtschaftliche Stellungnahme durch den jeweils zuständigen Zweckverband Wasser/Abwasser oder die jeweils zuständige Gemeinde zu den Möglichkeiten der öffentlichen Abwasserbeseitigung für den ausgewiesenen Vorhabensbereich
- Flurkarte/n zum ausgewiesenen Vorhabensbereich
- Lage- und Abstandsplan zum Standort der vorgesehenen Kleinkläranlage (KKA), dem Verlauf der Verrohrung für die Abwasserleitung und dem Standort für die sich daran anschließende Einleitstelle in das jeweilige Gewässer
- Betriebsbeschreibung für die bereits gewählte Kleinkläranlage (KKA)
- Nachbarrechtliche Zustimmungserklärung bei der Querung fremder Grundstücke